

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021
18.-19. Juni

Antrags-Nr.: 1.9.2

Thema: #EuropeanHeart- für starke Sozialstaaten in einem sozialen, solidarischen wirtschaftlich starken und grünen (nachhaltigen) Europa

Antragsteller: AWO BV Braunschweig e.V.

Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Der AWO-Bezirksverband Braunschweig und der AWO Bundesverband werden aufgefordert sich auf der nationalen Ebene sowie der europäischen Ebene für starke Sozialstaaten in einem sozialen, solidarischen wirtschaftlich starken und grünen (nachhaltigen) Europa einzusetzen. Zur Erreichung der Ziele arbeitet er eng mit seinem europäischen Partner zusammen (z.B. Solidar; Federation of European Social Employers, EPSU usw.)

Im besonderen Fokus stehen folgende Ziele:

- die konsequente und verbindliche Umsetzung der Inhalte der Europäischen Säule sozialer Rechte, hier insbesondere
 - die Verabschiedung von Grundsätzen für soziale Mindestsicherungssysteme und nationaler Mindestlohnregelungen
 - die Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung
 - die Einführung einer Kindergarantie
 - die Stärkung der europäischen Jugendgarantie
- die soziale und gerechte Gestaltung des „Green Deals“
- Unterstützung einer Kohäsionspolitik, die zu einer europaweiten Aufwärtskonvergenz führt
- die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer
- die Einführung eines „zivilen Dialoges“ (die Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in die europäischen Konsultationen) und die verbindliche Festschreibung des Grundsatzes des Partnerschaftsprinzips in allen europäischen Mitgliedsstaaten
- ein Initiativrecht des europäischen Parlamentes und transnationale Wahllisten
- eine Neugestaltung der europäischen Flüchtlingspolitik
- die Entwicklung eines EU-weiten sozialen Aktionsplanes zur digitalen Transformation in den europäischen Mitgliedsstaaten
- die Stärkung der gemeinnützigen Sozialwirtschaft in Europa
- die europäische Sozialwirtschaft braucht einen eigenständigen sozialen Dialog

Begründung:

Die AWO bekennt sich weiterhin zur europäischen Idee und zur EU. Die soziale Situation/Dimension in Europa hat in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen. Die Proklamation der europäischen Säule sozialer Rechte im Jahr 2017 und die daraus resultierenden Initiativen, sind ein wichtiger Schritt, die soziale-

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

40 Dimension in Europa zu stärken. Allerdings sind Armut und soziale Ungleichheiten in
41 und zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten nach wie vor hoch.

42

43 Die europäische Säule muss konsequent umgesetzt werden, indem verbindliche
44 Verordnungen und Richtlinien daraus abgeleitet werden und ihre Grundsätze bei der
45 Politikgestaltung berücksichtigt werden.

46

47 Der sogenannte „Green Deal“ sieht ein klimaneutrales Europa bis 2050. Die AWO
48 begrüßt diese Zielsetzung. Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN müssen
49 hierbei die Grundlage bilden. Der damit einhergehende gesellschaftliche und ökonomische
50 Wandel muss sozial und gerecht gestaltet werden. Die AWO steht zu einer
51 Kohäsionspolitik, die zu einer europaweiten Aufwärtskonvergenz führt. Hierbei ma-
52 chen wir uns stark für die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer oder
53 einer anderen EU-weiten erhobenen Steuer. Die dadurch generierten Mittel sollten
54 zur Bekämpfung von Ungleichheit und für soziale Investitionen sowie soziale Innova-
55 tion genutzt werden. Dabei müssen europäische Förderprogramme auch inklusive
56 Ansätze beinhalten. Die Zivilgesellschaft muss bei der Erstellung der Programme
57 beteiligt werden und der Grundsatz des Partnerschaftsprinzips muss in allen europä-
58 ischen Mitgliedsstaaten gelebt werden. Der zivile Dialog muss mit dem sozialen Dia-
59 log gleichgestellt werden.

60

61 Die AWO befürwortet eine demokratische EU, hierzu gehören neben der Einbindung
62 der Zivilgesellschaft in demokratische Prozesse auch ein Initiativrecht des Europäi-
63 schen Parlamentes für Gesetzesvorschläge sowie transnationale Wahllisten und
64 grenzüberschreitende Diskussionen, damit die europäische Idee sichtbar und die
65 Identität mit der EU gefördert wird. Eine weitere Demokratisierung der Europäischen
66 Institutionen sowie eine aktive Beteiligung der EU-Bürger*innen stärkt das Vertrauen
67 in die EU.

68

69 Auf europäischer Ebene gibt es derzeit kein gemeinschaftliches, solidarisches und
70 nachhaltiges Asylsystem. Derzeit werden menschenrechtliche und europarechtliche
71 Standards außer Acht gelassen. Die Neugestaltung der europäischen Flüchtlingspoli-
72 tik muss eng mit der europäischen Entwicklungspolitik verknüpft werden. Fluchtursa-
73 chen in den Krisenländern müssen besser bekämpft werden. Eine gemeinsame eu-
74 ropäische Flüchtlingspolitik muss von allen Mitgliedsstaaten getragen werden. Die
75 Mitgliedstaaten haben unterschiedliche Voraussetzungen zur Aufnahme von geflüch-
76 teten Menschen. Für eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, die nicht zum
77 Scheitern verurteilt ist, ist es daher wichtig einen gemeinsamen EU-Fonds für Ge-
78 flüchtete aufzulegen.

79

80 Die digitale Transformation in den europäischen Mitgliedsstaaten, darf nicht nur dem
81 Binnenmarkt und Wettbewerbszwecken dienen. Ein EU-weiter sozialer Aktionsplan
82 zur digitalen Transformation in den europäischen Mitgliedsstaaten, muss dem Wohle
83 aller EU-Bürger*innen dienen und die gleichberechtigte Teilhabe an Digitalisierungs-
84 prozessen gewährleisten.

85

86 Die gemeinnützige Sozialwirtschaft hat beschäftigungspolitisch das Potenzial,
87 Arbeitsplätze sowie nachhaltiges, inklusives und weitgehend konjunkturunabhängi-
88 ges Wachstum zu schaffen. Die Sozialwirtschaft ist Treiber von sozialer Innovation in

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

89 Europa. Darüber hinaus erhöhen soziale Dienstleistungen den gesellschaftlichen
90 Zusammenhalt.

91

92 Unter Federführung des Arbeitgeberverbandes der AWO Deutschland ist die Federa-
93 tion of Social Employers gegründet worden. Sie hat den Zweck die europäische So-
94 zialwirtschaft als Branche in einen eigenständigen, europäischen, sozialen Dialog zu
95 führen. Die AWO sollte diesen Prozess positiv begleiten, da auch dies die gemein-
96 nützige Sozialwirtschaft in Europa stärkt.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme mit Änderungen

Ersetze „grüne“ durch „ökologische“ (Überschrift und Z. 6)

Beschluss:

- Nichtbefassung
- Annahme
- Überweisung an das Präsidium
- Ablehnung